

Liebe Leserinnen und Leser,

eine sehr traurige Nachricht hat uns diese Woche aus Würzburg erreicht: Barbara Stamm ist verstorben. Sie war nicht nur unsere langjährige Landtagspräsidentin und CSU-Vorstandsmitglied, sondern die Seele und das soziale Gewissen unserer Partei. Mit ihr haben wir eine großartige Politikerin und einen wunderbaren Menschen verloren. Sie war Vorbild für viele - vor allem für uns Frauen. Ich bin zutiefst traurig und in Gedanken bei ihrer Familie.



Halten wir das Gedenken an diese besondere Persönlichkeit hoch!

Auch der Blick in die Ukraine stimmt nach wie vor traurig. Die Kämpfe gehen unvermindert weiter, auch wenn die Ukraine jüngst Erfolge erzielen konnte. Die Folgen des Krieges treffen die Ukrainerinnen und Ukrainer mit unmittelbarer Wucht, aber auch wir und weitere Teile der Welt sind immer stärker betroffen. Wir alle machen uns Gedanken und Sorgen, wie es vor allem mit Blick auf die Energieversorgung im Winter weitergehen wird.

Lesen Sie in meinem Oktober-Newsletter, welche weiteren Schritte das Europäische Parlament in der vergangenen Woche dazu diskutiert hat.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Hohe Energiepreise in Europa

Das Europäische Parlament hat sich diese Woche erneut mit den enorm gestiegenen Energiepreisen in Europa beschäftigt. In einer Entschließung wurden die bisher getroffenen Maßnahmen bewertet und weitergehende Entlastung gefordert. Für CDU und CSU stand dabei im Mittelpunkt, dass möglichst bald auf allen Ebenen der Politik für eine effektive Entlastung gesorgt wird. Hohe Energiepreise dürfen weder zum Verarmungsprogramm der breiten Bevölkerung werden, noch für eine Deindustrialisierung Europas sorgen.

Wir fordern dabei vor allem eine einheitliche europäische Vorgehensweise, die langfristig hilft. Der von der Ampel-Regierung beschworene 200 Milliarden-„Doppelwumms“-Schattenhaushalt, von dem die genaue Ausgestaltung noch völlig unklar ist, sorgt derzeit für große Irritationen bei den europäischen Partnern. Viel sinnvoller ist es, nun eine gemeinsame Beschaffungsplattform zum Einkauf von Gas, wie während der Corona-Pandemie erfolgreich erprobt, anzustoßen. Europa kann damit seine Marktmacht ausnutzen, um die Gas-Preise für die Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Unternehmen zu senken. Auf EU-Ebene muss aber noch mehr passieren. Wichtig ist, keine neuen bürokratischen Hürden aufzubauen, sondern systematisch abzubauen.

Die CDU/CSU-Gruppe fordert schon lange ein europäisches Belastungsmoratorium. Durch gezielte, koordinierte Investitionen in Erneuerbare Energien und Infrastrukturprojekte, die den gemeinsamen Energiebinnenmarkt stärken, können wir die Unabhängigkeit und Resilienz der EU stärken und damit auch wichtige Signale an die Märkte senden. Wir müssen auch unsere europäische Infrastruktur verbessern. Je enger wir vernetzt sind, desto schwächer ist Putin. Hier müssen EU-Kommission und Mitgliedstaaten mehr liefern. Konkret ist derzeit der französische Präsident Macron gefragt, endlich seine Blockade der MidCat-Pipeline zwischen Frankreich und Spanien aufzugeben um die iberische Halbinsel endlich vernünftig ans europäische Gasnetz anzubinden.

Antwort der EU auf die Energiepreis-Spirale

Die horrenden Energie- und Lebensmittelpreise im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stellen Europas Bürger und Unternehmen vor immense Herausforderungen. Die EU-Kommission hatte zügig Vorschläge auf den Tisch gelegt, zu denen es nun endlich eine Einigung der zuständigen Energieminister gab. Die Maßnahmen zur Preisminderung müssen so schnell wie möglich in Kraft treten.

Wir fordern außerdem, dass die EU-Mitgliedstaaten von all ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, die horrenden Lebenshaltungskosten zu reduzieren. Das EU-Recht bietet beispielsweise die Möglichkeit, Mehrwertsteuern auf Obst, Gemüse, Milchprodukte und andere Grundnahrungsmittel auf Null zu reduzieren. Davon sollte unbedingt Gebrauch gemacht werden, sollten die Preise im Winter weiter steigen.

Gleichzeitig muss die europäische Ebene ihren Teil dazu beitragen, Belastungen für die Wirtschaft und Verbraucher zu reduzieren bzw. solche Vorhaben zurückzustellen, die in diesen Zeiten neue bürokratische Hürden einführen. Die CDU/CSU-Gruppe fordert deshalb schon lange ein Belastungsmoratorium für neue Gesetzgebung. Alles was neue Belastung schafft, muss verschoben werden.

Die Verordnung über den Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Dazu erklärt **Jens Gieseke** (CDU), Berichterstatter der EVP-Fraktion:

„Es ist wichtig, dass wir nun einen deutlichen Impuls für einen ambitionierten Infrastrukturausbau senden. Die Mitgliedsstaaten haben hier bisher deutlich zu wenig geleistet. Nun nehmen wir die Mitgliedsstaaten in die Pflicht. Sie müssen bis 2025 alle 60 km entlang der europäischen Hauptverkehrswege einen Ladestandort errichten. Bis 2027 sollen außerdem alle 100 km Wasserstofftankstellen entstehen. Die Mitgliedstaaten müssen endlich ihre Hausaufgaben erledigen.“

Die Ausbauziele müssen aber auch realistisch und finanzierbar bleiben. Andere Fraktionen sind hier mit ihren Forderungen deutlich über das Ziel hinausgeschossen. Daher erlauben wir es den Mitgliedstaaten, für wenig befahrende Straßen, die maximale Distanz zwischen Ladesäulen von 60km auf 100km zu erhöhen.

Besonders habe ich mich für die technologische Neutralität der Verordnung eingesetzt. Wir sind am besten für die Zukunft gerüstet, wenn wir auf alle Technologien zurückgreifen können. Das zeigt die aktuelle Energiekrise mehr als deutlich!“

Hintergrund:

Mit der AFIR soll sichergestellt werden, dass es ein ausreichendes öffentlich zugängliches Infrastrukturnetz für das Aufladen und Betanken von Straßenfahrzeugen und Schiffen mit alternativen Kraftstoffen gibt. Des Weiteren soll er Alternativen zum stationären Motorbetrieb von Schiffen am Liegeplatz und von geparkten Luftfahrzeugen bieten.

Fachliche Entgleisung beim Biokraftstoff-Verbot

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen fordern in einem offenen Brief die Abgeordneten der FDP- und SPD-Bundestagsfraktion auf, ihre Zustimmung zur staatlichen Förderung von Biokraftstoffen zurückzunehmen. Steigen wir aus Biokraftstoffen aus, wird der schnelle Stopp russischer Energielieferungen noch schwieriger für uns und der CO₂-Ausstoß vergrößert. Mit Biokraftstoffen gibt es eine Form der Erneuerbaren Energien, die im klimaschädlichen Verkehrssektor die CO₂-Reduktionen gleichsam allein schultern.

Meine Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

EU intensiviert Unterstützung der Ukraine und plant 8. Sanktionspaket

Am 5. bzw. 14. September kündigten der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell im Assoziationsrat EU-Ukraine und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union an, felsenfest an der Seite der Ukraine zu stehen. Am 15. September, folgte bereits die Freigabe der ersten Mikrofinanzhilfe (MFH) zur Sicherstellung der Liquidität der Ukraine i.H.v. fünf Mrd. Euro auf Vorschlag der Kommission durch das Parlament. Eine weitere Tranche i.H.v. von vier Mrd. ist in Vorbereitung.

Im Hinblick auf die sich verschärfende Lebenssituation für ukrainische Binnenvertriebene im Winter sicherte die Kommissionspräsidentin anlässlich ihres Besuchs am 15. September beim ukrainischen Präsidenten Selenski 150 Mio. EUR Hilfgelder sowie weitere 100 Mio. EUR zum Wiederaufbau von Schulen im Land zu. Ferner kündigte von der Leyen für den 25. Oktober einen internationalen Wiederaufbau-Kongress in Berlin an.

Flankierend zu den Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine soll das Sanktionsregime der EU gegen Russland ausgebaut werden angesichts der illegalen Referenden in der Ostukraine und der Teilmobilmachung von 300.000 russischen Soldaten. Im nunmehr achten Sanktionspaket stehen u.a. eine Verlängerung der Embargo-Liste auf Export- und Importgüter zur Schwächung von Russlands Finanzen und seines Militärkomplexes und neuerliche Sanktionen gegen Einzelpersonen aus Wirtschaft, Militär und Cyberkreisen. Die im Rahmen der G7 getroffene Einigung auf eine Ölpreisobergrenze für russisches Öl an Drittländer soll ebenso Bestandteil des Pakets werden.

Russische Eskalation im Ukraine-Krieg

Erst die Teilmobilmachung, dann die illegale Annexion ukrainischer Gebiete und nun die mutmaßliche Sabotage der Nord Stream-Gaspipelines: Das Europaparlament hat in dieser Plenarwoche die russische Eskalationsspirale im Angriffskrieg gegen die Ukraine scharf verurteilt.

In einer fraktionsübergreifenden Entschließung forderten die Abgeordneten die Mitgliedsstaaten dringend dazu auf, ihre Waffenlieferungen massiv aufzustocken. Die Ukraine brauche in dieser entscheidenden Phase des Krieges moderne Waffensysteme wie den Leopard-Panzer. Die EU-Staaten müssten sofort mit dem Training ukrainischer Soldaten beginnen. Leider tritt die Ampel-Regierung hier immer wieder auf die Bremse.

Auch die völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Gebiete verurteilte das Plenum scharf. Die Abgeordneten wiesen zudem darauf hin, dass die Unterwasser-Explosionen der Nord Stream-Pipelines zeitgleich mit der Einweihung der neuen baltischen Pipeline stattfanden, die Norwegen mit Polen verbindet. Dies könne kein Zufall sein, hieß es. Beim nächsten Mal könnte ureigene europäische Infrastruktur Ziel des Angriffs sein. Für CDU/CSU sowie die EVP-Fraktion gilt, dass die EU ihre Energie- und Daten-Infrastruktur in internationalen Gewässern besser schützen muss.

Der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion Michael Gahler (CDU) erklärt dazu:

„Es ist pervers wie Putin im Angriffskrieg gegen die Ukraine immer weiter eskaliert und auf völlige Konfrontation setzt. Wir fordern die Mitgliedsstaaten dringend dazu auf, ihre Waffenlieferungen massiv aufzustocken. Die Ukraine braucht in dieser entscheidenden Phase des Krieges moderne Waffensysteme wie den Leopard-Panzer. Die EU-Staaten müssen sofort mit dem Training ukrainischer Soldaten beginnen. Putin versteht nur die Sprache der Härte.“

Die Annexion der ukrainischen Gebiete durch Russland ist das jüngste Vergehen, dessen Putin und seine Schergen sich im Laufe dieses brutalen Krieges schuldig gemacht haben. Wir verurteilen die völkerrechtswidrige und illegale Annexion aufs Schärfste. Die erzwungenen Referenden sind die reinste Farce. Mit der Sabotage der Nord Stream-Pipelines ist eine neue Dimension in dem Konflikt erreicht worden. Es war kein Zufall, dass die Unterwasser-Explosionen zeitgleich mit der Einweihung der neuen baltischen Pipeline stattfanden, die Norwegen mit Polen verbindet. Die Botschaft ist nichts anderes als eine unverhohlene Drohung Putins: Beim nächsten Mal könnte es die ureigene europäische Energieinfrastruktur treffen. Auch Unterwasserkabel, über die Telefonie und Daten laufen, bieten Russland eine willkommene Angriffsfläche. Wir fordern die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Infrastruktur in internationalen Gewässern besser zu schützen.

Putin und seine Schergen sind brutale Kriegsverbrecher. Wir fordern deshalb die Einrichtung eines internationalen Ad-hoc-Tribunals, welches Putin und seine Vertrauten für das Verbrechen des Angriffskriegs strafrechtlich verfolgt und zur Rechenschaft zieht.“

Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs in Prag

Dazu erklärt **Angelika Niebler** (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament:

“Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs treffen uns alle. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen brauchen dringend eine schnelle und unbürokratische Entlastung.

Haushalte können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen und die horrenden Gas- und Strompreise treiben unsere Betriebe in den Ruin. Die Staats- und Regierungschefs müssen deshalb einen temporären europäischen Gaspreisdeckel auf den Weg bringen und einen gemeinsamen Einkauf von Gas und Flüssiggas durch die Mitgliedstaaten in der EU beschließen. Wir benötigen auch eine neue Benchmark als Preisindex für den Gasmarkt. Hierzu muss die Kommission zeitnah Vorschläge präsentieren. Bundeskanzler Scholz muss seine Blockadehaltung gegen einen europäischen Gaspreisdeckel aufgeben, um nicht noch mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu verspielen. Der mit Europa unabhgestimmte "Doppelwumms"-Alleingang der Ampel hat unsere europäischen Partner völlig zu Recht verärgert. Mal eben einen 200 Milliarden Euro Schattenhaushalt außerhalb des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu beschließen und nicht zu wissen wie das Geld ausgegeben werden soll, verzerrt den Binnenmarkt und widerspricht der europäischen Solidarität.

Die mutmaßlich staatlich geplante Sabotage bei den Nord-Stream Pipelines muss zu einem Umdenken in unserer Sicherheitspolitik führen. Ohne die systematische Sicherung unserer strategischen Infrastruktur wird es in Zukunft nicht mehr gehen. Ich erwarte eine schnelle Aufklärung und konkrete Ideen der Staats- und Regierungschefs dazu.“

EU-Düngemittel-Strategie

“Der russische Krieg in der Ukraine hat den weltweiten Düngemarkt stark verändert. Die Preise für Dünger haben sich im Vergleich zum letzten Jahr fast verdreifacht, da Dünger der bislang wichtigen Produzenten Ukraine, Russland und Belarus wegen Krieg und Sanktionen nur noch eingeschränkt bezogen werden kann. Wenn überhaupt sind enorme Kosten mit dem Transport aus der Ukraine verbunden.

Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, eine EU-Dünger-Strategie zu entwickeln und alles zu unternehmen, die Düngerquellen für Europa zu diversifizieren und somit den Düngernachschub für Europa zu sichern. Düngemittel sind für die landwirtschaftliche Produktion in Europa unerlässlich. Wir brauchen eine Politik für unsere Bauern, die Landwirte unterstützt und so die Lebensmittelsicherheit in Europa sicherstellt.“

Meine Pressemeldung zur EU-Düngemittelstrategie können Sie [hier](#) lesen.

Meine Plenarrede zum Thema sehen Sie [hier](#).

Gesetz über Medienfreiheit

Dazu erklärt Sabine Verheyen (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung:

„Die Entwicklungen bezüglich der Medienfreiheit in einigen Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union sind besorgniserregend. So hat die EU-Kommission Ungarn erst im Juli wegen angeblicher Verstöße gegen Gesetze zur Medienfreiheit verklagt. Umso wichtiger ist es, dass die Kommission jetzt auf eine Reihe von negativen Entwicklungen in der europäischen Medienlandschaft reagiert. Oberstes Ziel muss es sein, die redaktionelle Unabhängigkeit der europäischen Medienhäuser zu wahren. Darüber hinaus brauchen wir mehr Konvergenz der nationalen Regulierungsbehörden sowie Maßnahmen gegen die vor allem im digitalen Bereich zunehmende Fragmentierung des Medienmarktes.

Eine freie und vielfältige Medienlandschaft ist grundlegend für das Funktionieren unserer Demokratie in Europa. Medien sichern das Recht auf freie Meinungsäußerung und Information in Europa. Sie sind der Raum für öffentliche Debatten und tragen zur öffentlichen Meinungsbildung bei.

Wir werden im Europaparlament vor allem darauf achten, dass eine europäische Regulierungsbehörde politisch vollständig unabhängig arbeiten kann und die redaktionelle Verantwortung der Medien erhalten bleibt.“

EU Global Gateway: Infrastruktur-Initiative macht Fortschritte

Die Europäische Kommission und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) haben eine neue Finanzpartnerschafts-Rahmenvereinbarung unterzeichnet, um Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen, die Entwicklung des Privatsektors sowie nukleare Sicherheit zu ermöglichen. So erhält eine Initiative zum Aufbau krisenfester Kleinst- und Klein- sowie mittelständischer Unternehmen in der Mongolei im Rahmen des Wiederaufbaus nach COVID-19 11,5 Mio. EUR, eine zweite Initiative zur Verbesserung der Nachhaltigkeit des Privatsektors in Kasachstan, der Kirgisischen Republik, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan insgesamt 5,3 Mio. EUR.

Zudem hat die Europäische Kommission eine Hochrangige Expertengruppe (HLEG) für den Ausbau eines nachhaltigen Finanzwesens in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen eingesetzt. Sie wird Empfehlungen erarbeiten, wie mehr Mittel aus dem Privatsektor mobilisiert werden können, da ein Zugang zu Finanzmitteln für nachhaltige Infrastrukturprojekte in Partnerländern von zentraler Bedeutung ist, um die dortigen Investitionslücken zu schließen und die Global-Gateway-Strategie der EU umzusetzen. Ergebnisse sollen Mitte 2023 vorliegen.

Initiative zur weltweiten Demokratieförderung: EU-Jugendbeteiligungskohorte

Am 15. September 2022 rief die Europäische Kommission - anlässlich des Internationalen Tags der Demokratie und des Europäischen Jahres der Jugend - die sogenannte „Kohorte für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement junger Menschen“ ins Leben. Es handelt sich um eine Initiative zur Förderung der demokratischen Teilhabe junger Menschen auf lokaler und globaler Ebene.

Die „Ko-horte“ soll Hindernisse für die politische Partizipation junger Menschen abbauen, den Wert der Demokratie fördern, konkrete Beiträge der Jugend zu politischen Prozessen erleichtern oder etwa Jugendbewegungen unterstützen. Die Initiative wird Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatsektor zusammenbringen, um Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie auf den Weg zu bringen.

Einheitliches Ladekabel

Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Das einheitliche Ladekabel ist gut für Verbraucher, Hersteller und die Umwelt. Wenn bei zukünftigen Handy- oder Tablet-Generationen derselbe Standard verbaut wird, vermeidet das Elektroschrott und die lästige Suche nach passenden Kabeln. Das gilt vor allem dann, wenn man mehrere Geräte im Alltag nutzt.

Die einheitlichen Ladegeräte werden auch zu mehr Wettbewerb zwischen Herstellern und so zu mehr Auswahl für Verbraucher führen. Dank eines einheitlichen Ladekabel-Standards innerhalb von Tech-Ökosystemen wird es den Verbrauchern erleichtert von einem Hersteller auf den anderen umzusteigen.

Wichtig ist, keine falschen Erwartungen zu schüren: Ab 2024 wird es einen einheitlichen Standard für neu produzierte kleine Elektrogeräte geben. Es wird aber deutlich länger dauern, bis alle bereits hergestellten Geräte abverkauft sind. Erst dann werden die Verbraucher vollständig auf die Generation von Geräten mit einheitlichen Kabeln umsteigen können. Trotzdem ist es gut, dass die EU Elektroschrott und Kabel-Wirrwarr mit einer soliden technischen Lösung auf absehbare Zeit eindämmt."

Hintergrund:

Im Rahmen einer Selbstverpflichtung konnte die Anzahl an Ladeanschlüssen von vormals 33 auf 3 reduziert werden: USB-C, Apples Lightning sowie Micro-USB.

Mit der heutigen Verabschiedung der "Einheitlichen Ladekabel-Richtlinie" wird der USB-C-Stecker ab 2024 zum einzig zulässigen Standard. Dies gilt für Handys, Tablet, E-Reader, Kopfhörer und Headsets, Navigationsgeräte, PC-Mäuse und Tastaturen sowie tragbare Lautsprecher. Ungefähr ab 2026 wird der Ladestandard auch für Laptops gelten.

Neufassung der Produkthaftungsrichtlinie

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag zur Neufassung der Produkthaftungsrichtlinie vorgestellt. Dazu erklärt Andreas Schwab (CDU), binnenmarkt- und verbraucherschutzpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der Europäische Binnenmarkt bietet Unternehmen seit mehr als 30 Jahren Wachstumsmöglichkeiten dank Bürokratierleichterungen. Produkthaftung und Verbraucherschutz sind die andere Seite derselben Medaille. In der EU haben insbesondere digitale Geschäftsmodelle, E-Commerce und Internationalisierung der Produktionsketten in den letzten Jahren für Wirtschaftswachstum gesorgt. Nach der Neuordnung des digitalen Binnenmarktes mit den Gesetzen über Digitale Märkte und Dienste ist es folgerichtig, die insgesamt gut funktionierenden Produkthaftungsregeln auf den Stand der Zeit zu bringen. Einheitliche Regeln für Onlinehändler und für Produkte, die direkt aus Drittstaaten eingeführt werden

sind angesichts veränderter Konsumverhalten und komplexer gewordenen Lieferketten darum gut für Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen. Viele Produkte sind heutzutage nur mit Software nutzbar. Die Haftung muss deshalb auch für Schäden gelten, die unmittelbar aus der Software entstehen. Sie sind darum eine wichtige Ergänzung zum bestehenden Regelwerk."

Hintergrund:

Die EU-Kommission hat die Neufassung der Produkthaftungsrichtlinie vorgestellt, die in Deutschland hauptsächlich im Produkthaftungsgesetz umgesetzt wird. Die Neufassung soll die die 1985 erlassene Richtlinie an die seitdem stark veränderte digitale Geschäftsumgebung anpassen. Die Neufassung schließt grundsätzlich alle Produkte ein und schafft erstmals Produkthaftungsregeln für Produkte, die direkt von Verbrauchern aus Drittstaaten eingeführt werden. Auch sollen Vorschriften für Produkte geschaffen werden, bei denen beispielsweise durch Softwareupdates Schäden entstehen.

Mein Mittelfranken

Erntedank: Mein Dank gilt den Landwirten

Den Landwirten gilt unser besonderer Dank. Es ist zum Großteil ihr Verdienst, dass wir jederzeit qualitativ hochwertige Lebensmittel zur Verfügung haben. Machen wir uns nicht nur zu Erntedank bewusst, welches Privileg wir damit in Deutschland und Europa genießen.

Die ganze Pressemitteilung zum Erntedankfest finden Sie [hier](#).

Apfelernte: Zu Besuch bei Obstbauer Winkler



Sie sind der Inbegriff eines regionalen und heimischen Produkts: Äpfel, das Lieblingsobst von uns Deutschen. Die diesjährige Ernte ist in vollem Gange, wie bei Obstbauer Winkler. Meine Kollegen Ralph Edelhäuser, Volker Baue, Jochen Münch und ich waren Ende September auf seinem Hof und haben nicht nur die Werbetrommel für das leckere heimische Obst gerührt, sondern konnten auch mit seinen Kunden ins Gespräch kommen. Für die gab's nämlich im Rahmen der Verteilaktion "Zeit der deutschen Äpfel - natürlich

von nebenan" gratis Äpfel zum probieren.

Achten wir bei unseren Einkäufen darauf, dass die Äpfel „in Deutschland geerntet“ wurden. Es ist die einfachste, aber eine sehr wirkungsvolle Form von Klima- und Umweltschutz. Wir unterstützen unsere heimischen Obstbauern und regionale Wirtschaftskreisläufe. (Bild: Robert Schmitt)

Faire Woche im September

Wie „fair“ ist dein T-Shirt? Schon mal drüber nachgedacht? Seit 20 Jahren findet jeden September die *Faire Woche* statt. In diesem Jahr stand sie ganz im Zeichen der Textilien. Gemeinsam mit meinem Kollegen Ralph Edelhäuser habe ich aus diesem Anlass und - weil ich Fair-Trade-Geschäfte liebe - den Weltladen in Roth besucht sowie Fair & Mehr - Eine Welt Laden Kolibri in Schwaig.



Die Weltläden zeigen, dass das Zusammenspiel von guten Arbeitsbedingungen, einer nachhaltigen Produktion und schönen Produkten funktionieren kann.

Ein sehr gutes Beispiel ist hier die FARCAP gGmbH in Fürth. Selbst Businesskleidung ist hier zu finden.

Wir brauchen mehr Fairness entlang der gesamten Lieferkette - vom Acker bis zum Artikel. Dafür machen wir uns stark!

Stadtteilstfest in Zabo/Nürnberg mit dem Europa-Glücksrad



Beim Stadtteilstfest in Zabo war auch der Ortsverband Zabo-Gleißhammer-Mögeldorf mit einem Stand vertreten. Ich habe das Europa-Glücksrad mitgebracht. Die Besucherinnen und Besucher haben das Rad super angenommen und konnten viele Preise mit nach Hause nehmen. Ein schönes Fest mit vielen vertiefenden Gesprächen.

Besuch aus der Otto-Lilienthal-Kaserne Roth in Straßburg



konnten live bei den Reden von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und unserem Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber dabei sein. (Bild: EU-Parlament)

In Straßburg durfte ich Soldatinnen und Soldaten, Regionalstab für territoriale Aufgaben Nord, aus der Otto-Lilienthal-Kaserne Roth im Rahmen ihrer Bildungsreise begrüßen. Fast alle haben in Afghanistan gedient. Ich habe mich über ihren Besuch und den interessanten Austausch gefreut.

Mein Kollege Michael Gahler MdEP hat die Diskussion als Außenpolitiker und Berichterstatter für die Ukraine sehr gut ergänzt.

Besonderes Highlight für die Gruppe: Sie

Herzensangelegenheiten

Weltkindertag 2022: Gesunde Ernährung will gelernt werden

Der diesjährige Weltkindertag am 20. September stand unter dem Motto „Gemeinsam für Kinderrechte“. Dazu gehört auch das Recht auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Für mich sind dabei ein vielfältiges Ernährungsangebot und die Bildung der Jüngsten von entscheidender Bedeutung.

Meine Pressemitteilung zum Weltkindertag finden Sie [hier](#).

Lesenswert

„Deutschland hat eine historische Chance. Der Bundeskanzler versteht das zu langsam“

Garri Kasparow: Die Ukraine hat die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, sie bekämpft den Faschismus. Putin symbolisiert jetzt das Schlimmste, ich habe ihn schon oft mit Hitler verglichen. Deutschland hat genau jetzt die Chance, seine historische Schuld abzutragen. Der Bundeskanzler versteht das zu langsam. Es geht nicht darum, dass deutsche Panzer gegen Russen kämpfen. Es geht darum, deutsche Panzer zu schicken, um gegen den Aggressor zu kämpfen.

Lesen Sie das [Interview](#) von Garri Kasparow.

Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien

Die EU hat die Eskalation des Konfliktes zwischen Aserbaidschan und Armenien verurteilt und drängt auf Einhaltung der erneut ausgehandelten Feuerpause. Die EU wird sich weiterhin als ehrlicher Vermittler für die Deeskalation und Friedensverhandlungen im Rahmen des Brüsseler Dialogprozesses einsetzen.

Proteste im Iran

Die Europäische Union verurteilt die gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Proteste im Iran, die durch den Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini in Gewahrsam der Sittenpolizei hervorgerufen wurden. Die EU fordert eine Aufklärung der Umstände des Todes, freien Internetzugang und Informationsfluss sowie die Wahrung der Menschenrechte. Keine Religion darf Gewalt, Unterdrückung oder Mord an Frauen rechtfertigen!

Wir, die EVP-Fraktion wollten am Donnerstag das Thema in der Debatte zusätzlich aufgreifen. Wenn von Teilen des Parlaments 38 Personen mindestens dagegen aufstehen, können sie das verhindern. Das haben die Linken, Grüne und Sozialisten geschafft. Was bleibt ist ein fader Beigeschmack.

EU-Energie-Diplomatie rückt in den Fokus

Während des G20 Klima- und Umweltministertreffens und des G20 Energieministertreffens Anfang September thematisierte die EU die Entwicklung grüner Energietechnologien und die Frage der Energiesicherheit.

Zudem intensiviert die EU die Beziehungen zu Indien im Bereich Energie. So fanden am 7. und 8. September 2022 die ersten EU-Indien-Foren zu den Themen Solarenergie und grüner Wasserstoff in Neu-Delhi statt.

EU-Energiekommissarin Simson betonte, dass die Entwicklung eines globalen Wasserstoffmarktes bedeutsam ist, um Umweltstandards zu harmonisieren und wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch mit Ägypten verstärkt die EU ihre Zusammenarbeit im Bereich des grünen Wasserstoffs, denn Ägypten kann mit der sogenannten „Egypt Energy Wealth Initiative“ eine Vorreiterrolle in der Region einnehmen.

EU setzt sich bei UNO-Generalversammlung für regelbasierten Multilateralismus ein

Von 18. bis 23. September 2022 reiste der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell zur 77. UNO-Generalversammlung in New York, wo er zahlreiche bi- und multilaterale Gespräche führte, u.a. mit UNO-Generalsekretär Antonio Guterres. Im Zentrum stand dabei vor allem die Stärkung des regelbasierten Multilateralismus bei der Bekämpfung globaler Krisen als Konsequenz des Ukrainekriegs. Letzterer war auch Thema beim Treffen am 21. September 2022 mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi, wobei auch Menschenrechtsfragen und ein möglicher Menschenrechtsdialog EU-China erörtert wurden. Beide Seiten bekannten sich zur Nichtverwendung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Die EU stellt bis 2024 beinahe 8 Mrd. EUR bereit, um weltweit Nahrungsmittelkrisen zu verhindern oder abzumildern. Zudem betonte Michel die Entschlossenheit der EU, die multilaterale Kooperation zu stärken und Partnerschaften, etwa mit Afrika oder Lateinamerika, zu vertiefen.

EU-Assoziationsrat mit Georgien

Unter dem Vorsitz des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und des georgischen Ministerpräsidenten Irakli Garibashvili hielt der Assoziationsrat EU-Georgien am 6. September 2022 seine Tagung ab und nahm die überarbeitete Assoziierungsagenda an. Borrell begrüßte, dass Georgien nun auf einem „europäischen Weg“ sei. Dennoch seien weitere Anstrengungen bei der Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Korruptionsbekämpfung von Nöten.

EU-Außenbeauftragter Borrell in Mosambik, Kenia und Somalia

Von 8. bis 11. September 2022 besuchte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Mosambik, Kenia und Somalia. Ziel der Gespräche war die Vertiefung der Beziehungen und der Austausch. Besonders die Stärkung des regelbasierten Multilateralismus, die Zusammenarbeit bei der Lösung der globalen Nahrungsmittel- und Energiekrise sowie Frieden und Sicherheit standen im Zentrum der Treffen.

In Mosambik traf Borrell Präsident Filipe Nyusi und Außenministerin Verónica Macamo und erörterte u.a. Sicherheitsherausforderungen in der Region Cabo Delgado und den EU-Beitrag im Rahmen der Trainingsmission „EUTM Mozambique“. Die SADC-Mission „SAMIM“ wird nun mit Mitteln aus der Europäischen Friedensfazilität i.H.v. 15 Mio. EUR unterstützt - zusätzlich zur Bereitstellung von 89 Mio. EUR für die mosambikanischen Streitkräfte. In Kenia traf Borrell am 10. September 2022 den neugewählten Präsidenten William Ruto und tauschte sich über die Schwerpunkte der EU-Kenia-Zusammenarbeit und die Stabilität in Ostafrika aus. In Somalia sprach Borrell mit Präsident Hasan Scheich Mohamud über die Sicherheitslage und humanitäre Herausforderungen angesichts der aktuellen Dürre. Der Außenbeauftragte sagte eine fortgesetzte entwicklungs- und sicherheitspolitische Unterstützung zu und besuchte die EU-Missionen „EUCAP Somalia“ und „EUTM Somalia“.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart, Maximilian Schäble,
Beiträge der Hanns-Seidel-Stiftung/ Brüsseler Notizen Oktober 2022

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.